



### Steuerparadiese, Offshore-Finanzplätze

»Offshore« bedeutet im ursprünglichen Sinn die Insel vor der Küste. Im übertragenen Sinn spielt der Begriff auf das Außenliegende an: der Rahmen, in dem die Regeln der »normalen« Welt nicht gelten. Die Offshore-Welt umfasst u.a. Steueroasen, Offshore-Finanzzentren, Sonderwirtschaftszonen, Billigflaggen, Offshore-Kasinos, E-Commerce und vieles mehr. Plastische Erklärungen finden sich auch auf den Werbeseiten von Anbietern von Offshore-Dienstleistungen.

»Ihr eigenes schlüsselfertiges, steuerfreies Offshore-Paradies« zur »Steuervermeidung mittels Offshore-Konstruktionen« kann einfach online aufgesetzt werden, so das Versprechen eines Anbieters von Offshore-Dienstleistungen. »Sie müssen nur noch Ihren Firmennamen wählen und bekommen Ihr schlüsselfertiges Steuerparadies – auf Wunsch samt Offshore-Bankkonto – frei Haus geliefert«. Im Internet finden sich auf Anhieb viele solcher Angebote. Mit erstaunlicher Offenheit wird für Dienstleistungen zu Firmengründungen in Steueroasen und Offshore-Zentren geworben und es werden Tipps gegeben, wie Vermögende und Erben Steuerzahlungen umgehen können. So ist zu lesen, dass Stiftungen immer wieder mit Gemeinnützigkeit in Verbindung gebracht würden, wobei der größte Teil der Stiftungen DAS Instrument zur »Vermögensabsicherung« sei oder ein Mittel, um Haftung auszuschließen.

Ein Teil der Angebote betrifft die Vermeidung von Steuern, ein anderer die Umgehung von Regulierungen. Offshore Firmenkonstruktionen schließen i. d. R. Haftung aus; Grün-derInnen brauchen wenig Eigenkapital für spekulative Geschäfte. Beispielsweise bewirbt eine in London ansässige Firma Lizenzen für Hedgefonds, die für eine Gebühr von

7800 Euro erworben werden können. Über die Fonds könne dann fremdes Vermögen im Volumen von 5 bis 100 Millionen Euro »investiert« werden. Nicht einmal 10 000 Euro kostet eine Kasino- oder Universitätslizenz. Die Uni gibt es mit voller Steuerbefreiung; Buchhaltung, Bilanzierung; Buchprüfung oder Berichte an Behörden seien bei dem Modell nicht notwendig. Die Offshore-Universität kann Zeugnisse, Urkunden, Diplome und Titel ausstellen. Auch eine Pharmalizenz kann einfach online erworben werden, womit der Weg zur eigenen Online-Apotheke frei sei, die selbst verschreibungspflichtige Medikamente vertreiben könne.

Solche Angebote wirken zunächst skurril. Die Recherche zeigt jedoch, dass die Nutzung von Offshore-Konstruktionen und Steueroasen in vielen Bereichen zum Alltag gehört, insbesondere im Unternehmens- und Bankensektor und bei Vermögenden. Auf Nachfrage berichtet ein Nachbar von seinen drei Wohnsitzen, durch die er so gut wie keine Steuern zahlt, und ein Unternehmer, wie er die verschiedenen Fristen für Steuererklärungen zur »Optimierung« seiner Steuerzahlungen nutzt. Der lokale Mäzen hat eine Stiftung in Liechtenstein und eine Firma im Steuerparadies Zug, wie ein Blick ins Handelsregister zeigt. Und was nach außen ein Architekturbüro zu sein scheint, ist laut Register eintrag eine Holding, sechs Büros und drei Stiftungen. Die Offshore-Welt wächst. Mehr als die Hälfte, schätzungsweise zwei Drittel des Welthandels fließt auf dem Papier durch Steueroasen. Nach vorsichtigen Angaben wächst die Anzahl der Offshore registrierten Unternehmen jährlich um 10-15 %. Allein das von Reichen in Steueroasen angelegte Privatvermögen beträgt nach konservativen Schätzungen 11,5 Billionen US-Dollar. Genaue Zahlen zur Entwicklung der angelegten Vermögen gibt es kaum – die Offshore-Welt ist diskret.

## Steuer- und Regulierungs-oasen: Wer profitiert und wer zahlt?

Steuern werden in immer größerem Umfang von denjenigen gezahlt, die sich solche Steuersparmodelle nicht leisten können, entweder weil sie als ArbeitnehmerInnen kaum Möglichkeiten zur Steuergestaltung haben oder weil für kleine Einkommen und Vermögen weniger Angebote vorhanden sind, Kapital mobil und steuersparend zu transferieren. Auch Mehrwertsteuern werden überproportional von der breiten Masse gezahlt. Der Anteil der Steuerarten der Lohnsteuern, Gewinn- und Vermögensteuern und der Mehrwert- und Verbrauchsteuern am gesamten Steueraufkommen lag in Deutschland in den 70er Jahren bei jeweils etwa 30 %. 2007 betrug der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchsteuern bereits 37 %, der Lohnsteueranteil blieb etwa gleich auf 31 %, während der Anteil aus Gewinn- und Vermögensteuern auf 21 % gesunken war. Im Krisenjahr 2008 gab es einen Einbruch bei den Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer (Steuer v.a. auf AGs und GmbHs) um ein Drittel bzw. ist ein solcher für 2009 prognostiziert.

Diese Ungleichverteilung der Steuerzahlungen ist umso eklatanter, wenn berücksichtigt wird, dass die Gewinne nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften in Deutschland Anfang der 90er Jahre bei etwa 200 Milliarden Euro lagen, 2008 bei über 500 Milliarden Euro, womit sie sich mehr als verdoppelt haben. Die Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer gingen zwischen 2002 und 2005 real von durchschnittlich 24 873 Euro auf 23 684 Euro und damit um 4,8 % zurück. Dazu nahm die Ungleichverteilung der Einkommen zu: Während der Anteil der höheren Einkommen wuchs, sanken die Anteile der niedrigeren Einkommensgruppen. Das Nettovermögen der deutschen Haushalte ist zwischen 2002 und 2007 um 7 % gestiegen und betrug 2007 ca. 6,6 Billionen Euro. Das oberste Zehntel der Bevölkerung besaß 2007 einen Anteil von 61 % am Gesamtvermögen, während das unterste Zehntel verschuldet ist. Viele derzeit bestehende Steuersysteme gleichen Ungleichheiten nicht aus, sondern verstärken sie. Daran haben Steueroasen einen großen Anteil.

Die Offshore-Welt begünstigt aber nicht nur Vermögende und Unternehmen bei der Umgehung von Steuerzahlungen. Sie destabilisiert das Weltfinanzsystem: Ein Großteil der Geschäfte, die die Finanzkrise ausgelöst haben, hat in Steuer-, oder besser gesagt Regulierungs-oasen stattgefunden; die meisten der hochspekulativen Hedgefonds sind dort registriert. Banken etablier(t)en »Schattenbanken«, d. h. Banken ohne Lizenz, die aber die Geschäfte einer Bank durchführen. So hatte die deutsche IKB-Bank eine Tochterfirma Rhineland Funding in der US-Steuroase Delaware und weitere Gesellschaften wie die Rhineland Funding

Capital Corporation in Jersey, den Rhinebridge Fonds in Irland mit einer Tochter in Delaware. Damit machten die NutzerInnen eine Zeit lang hohe Gewinne, bis die Spekulationsmodelle zusammenbrachen, weil sie nur bei steigenden Märkten funktionieren. Die Firmenkonstrukte in Steueroasen hatten keinen Zugang zu Notkrediten, so dass die Banken die Verluste ihrer Töchter in die eigene Bilanz aufnahmen und letzten Endes die SteuerzahlerInnen über die Rettungsaktionen dafür aufkommen.

Ein weiteres Problem ist die fehlende Transparenz. Da Steuer- und Regulierungs-oasen keine Informationen herausgeben, war und ist unklar, welche Risiken und Verluste überhaupt dort versteckt sind.

Selten wird erwähnt, dass Steuer- und Regulierungs-oasen die Bildung von Blasen an den Finanzmärkten verschärfen. Laut Weltreichtumsbericht hat die Analyse des Anlageverhaltens Ultra-Reicher ergeben, dass diese nicht nur stark auf die Vermeidung von Steuern achten, sondern auch besonders aggressiv anlegen – etwa in Hedgefonds, kreative und komplexe Finanzprodukte und Private Equity Fonds. Es handelt sich um Anlageformen, die häufig nur in Regulierungs-oasen möglich sind, bei steigenden Märkten hohe Profite bringen und damit zur Aufblähung der Finanzmärkte beitragen, solange dort mehr zu verdienen ist als mit realwirtschaftlichen Investitionen.

## Politische (Nicht-)Steuerung der Offshore-Welt

Die Ungleichverteilung der Steuerlast ist Resultat einer Steuerpolitik, die BesitzerInnen hoher Vermögen und Einkommen und Unternehmen über Steuersenkungen bevorzugt und kaum gegen Steueroasen vorgeht bzw. auf Kosten von der Bevölkerung wirtschaftet, die nicht von Steueroasen profitiert. Die Senkung von Steuern wurde damit begründet, dass dies Anreize für Investitionen gebe. Diese These ist jedoch u.a. durch die Entwicklung nach den deutschen Steuerreformen ab 2000 widerlegt. Während die Unternehmensgewinne stark stiegen, die Steuereinnahmen aus Gewinn- und Gewerbesteuern enorm einbrachen und erst ab 2002 langsam stiegen, gingen die Investitionen bis 2003 zurück und stiegen in der Folge nur wenig – weit unter den Gewinnzuwächsen. Nach Beobachtungen des Centre for Economic Research führen Steuererleichterungen nicht zu mehr tatsächlichen Investitionen, sondern lediglich formal zu höheren, ausgewiesenen Gewinnen. Eine weitere Begründung für die unausgewogene Steuerpolitik ist die Standortpolitik. Wenn Steuern für Reiche und Unternehmen höher wären, würde das Kapital fliehen oder würden sich Unternehmen andere Standorte suchen. Auch dieses Argument greift nur bedingt. Untersuchungen von DAX-Konzernen belegen, dass Steuern bei 9 von 10 Unternehmen bei der Standortentscheidung keine Rolle

spielen. Vermögende nutzen sowieso schon ausgiebig Steuersparmodelle, könnten mit politischem Willen besser kontrolliert werden, und es gibt genug Techniken, Kapitalflucht zu verhindern. Wenn das Kapital in spekulative Geschäfte fließt und mehr Schaden anrichtet als nutzt, kann darauf verzichtet werden. Beispielsweise ist nicht einzusehen, warum FinanzinvestorInnen Steuervorteile eingeräumt werden, wenn sie Firmen und die Unternehmen selbst ihre Übernahme bezahlen lassen. De facto handelt es sich bei einer Politik des Steuerdumping und des Gewährens von Steuer-oasen um eine ideologisch motivierte Umverteilung von unten nach oben.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein leichter Umschwung im Umgang mit Steuer-oasen zu beachten. PolitikerInnen und Wirtschaftsakteure haben die Funktion der Regulierungsoasen bei der Umgehung der Finanzmarktregulierung nun zumindest ansatzweise realisiert. Außerdem sehen PolitikerInnen größerer Staaten wegen der großen Budgetdefizite zunehmend die Notwendigkeit, gegen Steuerflucht vorzugehen. Die Ergebnisse der jüngsten Initiativen sind trotzdem ernüchternd.

Die G 20 ließen im Rahmen ihres Treffens im April 2009 eine schwarze und graue Liste der Steuer-oasen erstellen und drohten den aufgeführten Staaten (u. a. Österreich und Luxemburg) Sanktionen an für den Fall, dass sie nicht einlenken. Kurz nach dem Treffen war die schwarze Liste leer, im August auch die graue. Das liegt weniger daran, dass die Steuer und Regulierungsoasen ihre Geschäftspraktiken geändert haben (sie schlossen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Steuer-oasen ab), sondern an den aufgeweichten Kriterien der OECD.

Weitere Schritte gegen Steuer-oasen werden im Rahmen der Zinsrichtlinie der EU unternommen, die ansatzweise zu begrüßen ist, weil sie den automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden der beteiligten Länder umsetzt, auf der anderen Seite aber sehr viele Löcher lässt. Diese Richtlinie wird dahingehend überarbeitet, aber es zeichnet sich ab, dass auch die Nachbesserung nicht ausreichen wird, weil sie viele Arten von Finanzanlagen unbesteuert lässt, u. a. bestimmte Unternehmen. Dass auf nationaler Ebene gegen Steuer-oasen vorgegangen werden kann, zeigen die USA am Fall der UBS. Unter Androhung des Lizenzentzuges machte die UBS Zugeständnisse, zahlte eine Summe, um die Einstellung des Prozesses zu erreichen, und erklärte sich bereit, einen Teil der Kundendaten von US-Amerikanern herauszugeben.

In Deutschland sollte mit dem im Juli 2009 erlassenen Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung Steuerflucht erschwert werden, indem AnlegerInnen und UnternehmerInnen mit Verbindungen zu Steuer-oasen besser nachweisen müs-

sen, worin ihre Geschäfte bestehen. Andernfalls können sie beispielsweise Betriebsausgaben nicht mehr steuerlich absetzen oder aus dem Ausland überwiesene Dividenden nicht mehr von der Steuer befreien. Dieses Gesetz wurde auf Druck von Wirtschaftsverbänden und Union stark aufgeweicht. Steuer-oasen dürfen nicht vom Ministerium benannt werden, sondern müssen nach der Liste der OECD nach Zustimmung des auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums bestimmt werden. Damit ist das Gesetz relativ wirkungslos.

Seit Jahren wehren sich PolitikerInnen vehement gegen die Bekämpfung von Steuer- und Regulierungsoasen, obwohl keine Argumente dafür sprechen. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel bezeichnet das »Bankgeheimnis als Schweizer Eigenschaft«. Ein Vertreter der CDU sprach im Bezug auf das Gesetz zur Bekämpfung von Steuerflucht von einem Rückfall ins 19. Jahrhundert – eine Aussage, die sich an Dummheit kaum übertreffen lässt, denn es gab damals keine Steuer-oasen in der heutigen Form. Dass von Regierungen der Oasenstaaten wenige Anstrengungen unternommen werden, ihren Status zu verändern, kann in gewisser Weise nachvollzogen werden. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass auch in Oasenstaaten ein Großteil der Bevölkerung nichts von den zusätzlichen Einnahmen der Finanzindustrie hat. Dass eine einseitige Ausrichtung auf Finanzindustrie eine sehr riskante Strategie ist, zeigen die Beispiele Irland und Island.

### **Offshore-Rhetorik**

Liegt es am Druck der Finanzlobby und der Kollaboration von PolitikerInnen, dass dieses System erhalten bleibt? Oder an Ideologie und Unwissenheit? Gespräche mit BürgerInnen zeigen, dass Klischees und Werbebotschaften der Finanzindustrie quasi unreflektiert wiedergegeben werden – angefangen von der Aussage, Steuern seien per se zu minimieren, bis hin zu der Überzeugung, gegen Steuer-oasen könne nicht vorgegangen werden. Aus der eigenen, für ArbeitnehmerInnen häufig hohen Steuerbelastung schlussfolgern Viele, dass die Steuern generell zu hoch seien, übersehen dabei aber, dass sie besonders viel bezahlen, weil sich Unternehmen und Reiche zunehmend den Zahlungen entziehen. VertreterInnen der Finanzindustrie und neoliberal eingestellte WissenschaftlerInnen haben es geschafft, den Diskurs über Steuern und Regulierung durch eine mehr oder weniger subtile Rhetorik zu bestimmen, die tief im Unterbewusstsein vieler Menschen verankert zu sein scheint.

Im Kontext von Offshore werden verschiedene räumliche Metaphern und Bilder benutzt. Das Wort Offshore spielt auf die Insel an. Die Konnotation des (freien) Meeres transportiert ebenfalls der Begriff tax haven, der im deutschen zur Steuer-oase, im französischen zum Paradies (paradis fiscal) wird

– im Gegensatz zum enfer fiscal , der Steuerhölle. Auch die zur Steuervermeidung genutzte Gesetzeslücke wird mit einem räumlichen Bild bezeichnet: das Steuerschlupfloch – loophole im Englischen und la niche fiscale im Französischen. Immer wieder werden Bilder von sonnigen Sandstränden, Palmen, Meer, Liegestühlen und Sonnenschirmen auf Webseiten gezeigt, auf denen es um »trockene« »Steuroptimierung« geht. Evoziert wird außerdem das Bild einer schwer erreichbaren Insel. Immer wieder wird neben der unberührten Natur die niedrige Kriminalitätsrate hervorgehoben: »Low to no crime rate. No traffic jams – ever«.

Die Offshore-Rhetorik transportiert nicht nur Bilder, sondern eine Erzählung: Die neue Offshore-Welt ist ein sicherer Hafen, in den Verfolgte vor der Bürokratie des überholten Nationalstaats fliehen; für »freie« und »clevere« Offshore-Individuen sind die Grenzen aufgehoben. Offshore spielt sich ab in einer scheinbar virtuellen Welt, die unbegrenzte Möglichkeiten hat und flexibel auf die Nachstellung nationalstaatlicher Behörden reagiert, denn Kapital ist unsichtbar und »flüchtig wie ein scheues Reh« – so eine deutsche Floskel. Eine weitere heißt: »Geld stinkt nicht«. Die Finanzindustrie hinterlässt auf den ersten Blick keine einem Industriestandort vergleichbaren Spuren von Umweltverschmutzung. Ferner wird suggeriert, dass Alle »ihr« Geld behalten, im Überfluss leben und Unternehmen gründen dürfen wie und wo sie wollen. Das Steuerparadies wird skizziert als Garten Eden. Ausgeklammert wird die Kehrseite der Offshore-Ökonomie: Sweatshops ohne Regulierungen, Umweltverschmutzung durch Schiffe, die unter Billigflaggen fahren, Geldwäsche, hohe Steuerausfälle und Kapitalflucht, wovon Entwicklungsländer, VerbraucherInnen und Lohnsteuerpflichtige in besonderem Maße betroffen sind. Ausbleibende Maßnahmen gegen Steuerflucht lassen sich aber auch banal damit erklären, dass Steuern als trockenes Thema empfunden werden, mit dem sich schwer ein Wahlkampf machen lässt. Diese Auskunft gab zumindest ein befragter Politiker und sie scheint plausibel.

## Die Ausstellung

Hier setzt die Ausstellung zu Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa an. Wir verfolgen damit einerseits das Ziel, das ignorierte und für zu trocken befundene Thema so aufzuarbeiten, dass es einem breiten Publikum nahe gebracht wird. Über die Bilder sollen die Diskussionen konkretisiert werden, dem Abstrakten soll ein Bild gegeben werden. Ein besonders wichtiges Ziel der Ausstellung ist, der Rhetorik der Steuerfluchtbranche Bilder von realen Orten entgegenzusetzen. Damit soll deutlich werden, wie weit die gängige Rhetorik und Realität voneinander entfernt sind.

Aus praktischen Gründen beschränkt sich die Ausstellung auf europäische Orte, was sich u.a. damit rechtfertigen lässt, dass europäische Steueroasen und Offshore-Zentren einen großen Anteil an der globalen Steuerflucht und Deregulierung haben. Es spricht jedoch nichts dagegen, das Projekt auf andere Regionen auszuweiten, etwa auf die US-Steueroasen, Golfstaaten oder relativ junge asiatische Oasen wie Singapur. Die Ausstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da eine umfassende Darstellung der Steueroasen und Offshore-Zentren unser zeitliches und finanzielles Budget sprengen würde.

Der Ausstellung ging ein Fotowettbewerb voraus, zu dem Personen Fotos von Steueroasen und Offshore-Zentren einreichten und zwar aus Deutschland, Irland, Jersey, London, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz. Darüber hinaus haben wir selbst gezielt zentrale Orte der Offshore-Welt bereist und waren häufig erstaunt, wie banal Steuerflucht funktioniert. Wir stellten fest, dass die Offshore-Welt kein Garten Eden ist, sondern eine Welt der grauen Beratermäuse, der Privatheit, Absperrungen und Überwachungskameras, der Statussymbole ohne Sinn und Sinnlichkeit und der Konkurrenz von Menschen, die sich für Alphas halten. Finanzsprache ist wie Kirchenlatein. Steuersysteme sind kompliziert – und das hat System. Laien dürfen sich nicht einschüchtern lassen. Gerade in der Finanzkrise haben viele Finanzspezialisten gezeigt, dass sie das eigene System nicht verstehen und kein Interesse am Gemeinwohl haben. Steueroasen sind die Potemkinschen Dörfer von heute.

Leicht gekürzte Einleitung von  
**Silke Ötsch / Celia Di Pauli (Hg.)**  
**Räume der Offshore-Welt:  
Steueroasen und Offshore-  
Zentren in Europa**  
Attac Trägerverein  
Frankfurt (Main) 2009

**Ausstellung in Hamburg**  
18. Okt. bis 5. Nov. 2010  
DGB Haus, Besenbinderhof 60  
Mo.–Fr. 9–20 Uhr

Begleitprogramm  
**Di. 19. Okt. Eröffnung** (Uwe Grund, DGB; Silke Ötsch, Attac; Vanessa Stern, Theater, Berlin)  
**Do. 28. Okt. »Finanzoasen«** Vortrag von Werner Rügemer, Publizist, Köln

**Führungen** 21. Okt., 26. Okt. u. 2. Nov.

Begleitprogramm und Führungen beginnen **um 18.30 Uhr** Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! Eintritt frei, Anmeldung nicht nötig.

Aktuelle Informationen  
**[www.attac.de/hamburg](http://www.attac.de/hamburg)**

